

Thema

Jahrhundert-Verbrechen. Ronald Biggs zählte zu den Männern, die 1963 den britischen Postzug überfielen. Nun ist er gestorben: Rückblick auf ein bewegtes Leben. **Seite 2**

International

Finis Austriae. Österreichs Aussenpolitik wird heute in Berlin und Brüssel gemacht. Wiens politische Elite scheint es nicht anders zu wollen. **Seite 8**

Basel

Noch im Plus. Der Grosse Rat hat das Budget 2014 gutgeheissen und Streichungen abgelehnt. **Seite 15**

Wohntürme. Die Grossratskommission ist bei der Zonenplanrevision nicht einig über neue Bauzonen. **Seite 16**

Sanierung. Der Arlesheimer Dom wird ab Mitte Januar saniert und bleibt fast ein Jahr geschlossen. **Seite 21**

Kultur

Kinderarbeit. Als Buch begeisterten die «Schwarzen Brüder». Xavier Koller setzt das Drama der Kinderkaminferer nun als Familienfilm um. **Seite 23**

Sport

Überraschung. Deutschlands Tennis-Legende Boris Becker hat einen neuen Job: Er wird per sofort neuer Trainer von Novak Djokovic. **Seite 43**

TV-Star

Zwei Ausgaben in einer. Die Abonnentinnen und Abonnenten der Programmzeitschrift «TV-Star» erhalten heute eine Doppelnummer.

Menschen 2013

BaZ-Serie. Heute mit der Basler Theaterdirektorin Caroline Rasser und Hans-Kristian Hoejsgaard, dem CEO von Davidoff. **Seiten 16, 37**

Wetter

Region. Es fällt häufig Regen. Anfangs ist das Risiko für gefrierenden Regen erhöht. Die Temperaturen erreichen 4 bis 5 Grad. **Seite 22**

www.baz.ch

Online. In Paris wird heute das Urteil über den Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen gefällt – er hatte sich abschätzig über Roma geäussert.



Geduldssprobe für die Swiss

Bombardier-Flugzeuge werden noch später ausgeliefert

Zürich. 30 Flugzeuge der neuen C-Series von Bombardier hat die Swiss für die Kurzstrecke bestellt. Ursprünglich sollten diese Ende 2013 ausgeliefert werden, dann im Herbst 2014. Die Swiss plant die Einführung erst 2015. «Auf dieses Datum wird mit Bombardier intensiv hingearbeitet.» Experten gehen jedoch von Sommer 2015 aus – «wenn nicht sogar deutlich später». Trotz der Verzögerung möchte die Swiss gegenüber den Kanadiern noch keine Strafzahlung geltend machen. Die SBB hingegen erwägen diesen Schritt, da sich eine Bestellung bei Bombardier von neuen Zügen verzögert hat.

Durch die Verzögerung entstehen für die Swiss hohe Kosten; die Jumbolinos, die durch die Bombardier-Flugzeuge dereinst ersetzt werden sollen, sind im Unterhalt sehr teuer. rak **Seite 35**

Die nächste Annäherung an die EU soll 2014 erfolgen

Der Bundesrat hat gestern seine Verhandlungsziele festgelegt

Von Beni Gafner, Bern

Der Bundesrat will die Schweiz nächstes Jahr ein grosses Stück näher an die EU heranführen. Er hat gestern Aussenminister Didier Burkhalter grünes Licht erteilt für Verhandlungen mit der EU über einen Rahmenvertrag. Konkret verabschiedet hat der Bundesrat diverse Mandate für Verhandlungen mit der EU. Nach den Ausführungen von Bundesrat Didier Burkhalter geht es darum, den bilateralen Weg mit der EU zu stärken und zu erneuern.

Der erste wichtige Verhandlungspunkt betrifft die Regelung, wie Rechtsstreitigkeiten über abgeschlossene Verträge künftig beigelegt werden sollen. Fragen zur Auslegung von EU-Recht sollen gemäss Verhandlungsleit-

linie des Bundesrats im Streitfall dem EU-Gerichtshof vorgelegt werden. Dieser lege dann das EU-Recht verbindlich aus, erklärte Burkhalter vor den Medien. Der Richterspruch müsse von der Schweiz anschliessend aber nicht automatisch übernommen werden. Differenzen würden vielmehr auf Grundlage des Gerichtsentscheids durch die beiden Parteien einvernehmlich geregelt.

Bankgeheimnis ist verhandelbar

Gelingt dies nicht, etwa weil sich die Schweiz nicht unterordnen will, kann die EU Sanktionen erlassen. Der zweite wichtige Punkt umfasst Verhandlungen mit der EU über die Zinsbesteuerung. Bereits Anfang 2014 sollen die entsprechenden Verhandlungen zur Revision des Zinsbesteuerungsabkommens be-

ginnen. Die EU verfolgt hier das Ziel, mit neuen Zinsbesteuerungsrichtlinien Steuerschlupflöcher zu schliessen und die Schweiz einzubinden. Mit einem Entgegenkommen will der Bundesrat den EU-Marktzufluss für Schweizer Banken gewährleisten.

Mit ihrer Ankündigung, auch der automatische Informationsaustausch könne Thema in den Verhandlungen werden, machte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf klar, dass der Bundesrat auch in diesem umstrittenen Punkt bereit ist, nachzugeben. Voraussetzung sei, dass der OECD-Standard zum automatischen Informationsaustausch zum Verhandlungszeitpunkt existiere und «die wichtigsten» Konkurrenz-Finanzplätze entschieden hätten, den Standard umzusetzen. **Seite 5**

We Wish You A Merry Christmas



Mit Kläusen und Engeln. Das weltweit erste Christmas Tattoo entfaltet in einer romantischen Weihnachtswunderwelt ein gut zweistündiges musikalisches Unterhaltungsprogramm mit Chören, Solisten, Musikformationen, Tänzerinnen und grossem Orchester. So grosszügig Produzent Erik Julliard und Co-Produzent André Béchir diesen Anlass angerichtet haben, so grosszügig ist der Applaus des Premierenpublikums ausgefallen. hel Foto Keystone **Seite 19**

Sanfte Öffnung der Kaserne

Junges Architekturbüro gewinnt Projektwettbewerb

Basel. Statt dass sie ab- oder durchbrochen wird, soll die Basler Kaserne nun sanft geöffnet werden. Gestern ist das Resultat des Projektwettbewerbs für die Sanierung und den Umbau des historischen Baus vorgestellt worden. Das kaum bekannte, junge Basler Büro Fockety del Rio Studio ging dabei als Sieger hervor. Beeindruckt hat die Jury unter anderem die innere Öffnung des Gebäudes durch ein dreistöckiges Foyer. Bedenken gegen die Umbaupläne haben jedoch bereits die Denkmalpflege und die Organisatoren des Basel Tattoo angemeldet, welche die weitere Planung kritisch verfolgen wollen. Laut Regierungsratspräsident Guy Morin soll der Planungskredit für das 30-Millionen-Projekt kommandiert werden. Baubeginn könnte im Jahr 2015 sein. ras **Seiten 2, 13**

Freie Meinung über alles

Das Strassburger Urteil bestärkt Christoph Blocher

Von Benedict Neff, Zürich

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg sorgte mit seinem gestrigen Urteil für eine Überraschung. Das Gericht befand, dass die Verurteilung des türkischen Linksnationalisten Dogu Perincek durch das Schweizer Bundesgericht das Recht auf freie Meinungsäusserung verletzte.

Zur Verurteilung in der Schweiz kam es, weil der Präsident der türkischen Arbeiterpartei den Völkermord an den Armeniern bestreitet. 2005 bezeichnete er den Völkermord in mehreren Reden in der Schweiz als «internationale Lüge». Die Waadtländer Justiz verurteilte ihn wegen Rassendiskriminierung zu einer Geldstrafe. Das Bundesgericht hat 2007 das Urteil bestätigt. Gleich wie Perincek erging es dem türkischen Historiker Yusuf Halacoglu. 2005 wurde er wegen Leugnung des

Genozids an den Armeniern in Winterthur verklagt.

Das Urteil aus Strassburg sorgt für ungewohnte Zustimmung im rechten Lager, auch bei Christoph Blocher (SVP). Als Schweizer Justizminister von 2003 bis 2007 war er unmittelbar involviert in die diplomatischen Verstimmungen, die die beiden Rassismus-Verfahren zwischen der Türkei und der Schweiz auslösten. 2006 bekundete Blocher in Ankara sein Bedauern über die Verfahren gegen die Türken und kündigte eine Änderung der Anti-Rassismus-Strafnorm an. Mit seinem Vorstoss ist er 2007 im Bundesrat gescheitert.

Angesichts des jüngsten Urteils wittert er Morgenluft und stellt für die nächste Session eine Motion in Aussicht. Geschichtliche Auffassungen solle man nicht verbieten. Selbst dann nicht, wenn jemand Irr-Meinungen über den Holocaust verbreite. **Seite 5**

Die Probezeit ist abgelaufen

2014 wird zur Bewährungsprobe für den Bundesrat

Bern. Ganze 45 Sitzungen mit je rund 100 Geschäften: Das ist die mengenmässige Bilanz des Bundesrates für 2013, die Bundesratssprecher André Simonazzi gestern vor den Medien zog. Davon waren rund 2500 Vorlagen und 1400 parlamentarische Vorstösse.

Im Bundesrat selber sieht die Bilanz anders aus. Die vier Herren und drei Damen machen vor allem eines: Sie mischen sich nicht in die Geschäfte eines anderen ein. Und wenn es einer trotzdem tut, wie Ueli Maurer etwa bei heiklen europapolitischen Fragen, wird er zurechtgestutzt, im äussersten Notfall durch Abstimmung. Der Konsens der sechs übrigen Regierungsmitglieder, dass keiner dem anderen ins Handwerk pfuscht, ist stärker als jede kollegiale Verantwortung.

Das führt dazu, dass erst das Parlament einen durchsichtigen Gegenvorschlag zur Einheitskasse im Gesundheitswesen, ein Knebel-Gesetz für den Steuerstreit mit den USA oder ein Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich korrigiert. Niemand musste Derartiges öfter und härter erfahren als Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Sie verschätzte sich mit der politischen Durchsetzbarkeit ihrer Vorlagen Mal für Mal. Im neuen Jahr drohen solche Erfahrungen aber auch Johann Schneider-Ammann und Doris Leuthard. Letztere hat mit dem Nein zur Vignetten-Vorlage eine schmerzliche Niederlage erlitten. fi **Seite 4**

Ferienjob für Wessels Sohn

Regierungsrat beschäftigte Nachwuchs im Departement

Basel. Ferienjobs sind rar. Aber der Sohn von Regierungsrat Hans-Peter Wessels konnte im Bau- und Verkehrsdepartement gleich dreimal einen der begehrten Schülerjobs ergattern. Angestellt wurde «der Sohn vom Chef» zweimal in der Abteilung Stadtreinigung und einmal im Grundbuch- und Vermessungsamt, wo er nach seiner Matur leichte Programmierarbeiten in der Informatik zu einem Stundenlohn von 22 Franken ausführen durfte.

Grundsätzlich sei Wessels Sohn wie alle anderen Schüler und Studenten behandelt und entlohnt worden, sagt Personalleiter Peter Erismann beim Bau- und Verkehrsdepartement. Allerdings fordert der jüngste Bericht der Finanzkontrolle bei solchen Engagements von Angehörigen von Kaderleuten «höchste Zurückhaltung». wah **Seite 3**

ANZEIGE



At our school, children can already begin learning English at the age of 3, without neglecting their mastery of German.

Minerva Kindergarten and Primary School
Bürgerliches Waisenhaus, Tel. 061 683 96 01

Minerva Lower Secondary School
Wildensteinerhof, Tel. 061 278 98 88



Kompromissbereit in die Verhandlung

Der Bundesrat will sich mit der EU über die künftigen bilateralen Beziehungen einigen

Von Beni Gafner, Bern

Für Verhandlungen aller Art gibt es eine eherne Regel: Wer verhandelt, muss bereit sein, schlimmstenfalls eine Nulllösung hinzunehmen. Das Scheitern von Verhandlungen ist in Kauf zu nehmen. Wer sich aber an den Verhandlungstisch setzt und zwingend ein Resultat nach Hause bringen muss, sitzt bereits am kürzeren Ende. Er ist gezwungen, im Härtefall nachzugeben.

Von einer Bereitschaft zur Nulllösung bei den Verhandlungen mit der EU im nächsten Jahr war in der gestrigen Medienkonferenz des Bundesrates nichts zu spüren und nichts zu vernehmen. Schnell wurde klar: Hier sitzen keineswegs drei Löwen, die im Kampf um die Wahrung eigener Errungenschaften gegen einen EU-Lindwurm notfalls Verletzungen hinnehmen würden.

Man sah drei seriös auftretende Funktionäre, kompromissbereit, mit frohemutem Willen zur Erneuerung: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf bei der Zinsbesteuerung und ihrer Opferbereitschaft beim automatischen Informationsaustausch; Aussenminister Didier Burkhalter bei der Aner-

kennung des EU-Gerichtshofs in allfälligen Streitigkeiten über Auslegung von EU-Recht; und Innenminister Alain Berset bei der offensichtlich heiss ersehnten und deshalb unverzichtbaren Teilnahme am EU-Kulturförderprogramm 2014 bis 2020.

EU-Beitrittsgesuch ist obsolet

Und so betonte Aussenminister Burkhalter die umfassende Einigkeit von Bundesrat, Parlament und den Kantonsregierungen beim bevorstehenden Marsch über den einzig zielführenden Weg – dem bilateralen.

Klar ist nun: Nach der soeben beendeten Konsultation passte der Bundesrat die einzelnen Verhandlungsmandate in keinem einzigen Punkt inhaltlich an. Hinweise auf Bedenken – etwa aus den vorberatenden Kommissionen des Nationalrats oder aus der Konferenz der Kantonsregierungen – werden vor den Medien bei Bedarf kommunikativ geglättet.

Die Forderungen der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats seien erfüllt, weil sie kein Problem darstellten und im Übrigen mit den Zielen des Bundesrates übereinstimmen,

machte Burkhalter deutlich. Die Kommission verlangte vom Bundesrat etwa, in den Verhandlungen unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz der EU nicht beitreten wolle. «Der Bundesrat betonte schon vorher und er betont es heute erneut, dass das EU-Beitrittsgesuch gegenstandslos ist», sagte Burkhalter.

«Keine Verträge, die Schweizer Souveränität einschränken, keine Verpflichtung, EU-Recht automatisch zu übernehmen und keine Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit»: All diese Forderungen der Aussenpolitiker des Nationalrats sind gemäss den Bundesratsverlautbarungen erfüllt. Denn auch der Bundesrat steht gemäss Burkhalter hinter der Souveränität der Schweiz. Souveränität heisse «selbst entscheiden zu können», sagte er. Man müsse dann allerdings auch bereit sein, notfalls «Ausgleichsmassnahmen» der EU in Kauf zu nehmen.

Kritik der Kantone

Über einen interessanten Hintergrund berichtete in diesem Zusammenhang gestern «baz.ch/Newsnet». Demnach hätten die Kantone in einem ver-

traulichen Papier vom 13. Dezember 2013 «massive Kritik und grosse Vorbehalte» beim vorgeschlagenen Verhandlungsmandat zu den institutionellen Fragen angebracht. Die Kritik der Kantone betrifft die geplanten Anwendungen des EU-Rechts auf die bestehenden bilateralen Verträge. Unklar ist dabei, wie dies genau funktionieren soll, wenn (nur) neues EU-Recht in bestehende Verträge übernommen werden soll.

Offenbar war die Kritik aus den Kantonen auch längeres Thema in der gestrigen Bundesratssitzung. Doch davon erzählten die drei Bundesräte in der Medienkonferenz nichts. Burkhalter betonte vielmehr die «klaren Entscheide» von Parlamentskommissionen und der Konferenz der Kantonsregierungen zugunsten des bilateralen Wegs.

Welches die konkreten Folgen für die Schweiz bei einer Übernahme von EU-Recht auf bestehende Verträge sind, darüber gibt es heute keine verlässliche Übersicht. Im Frühling wurde dazu ein klassifiziertes Papier aus dem Departement von Didier Burkhalter bekannt. Experten im Auswärtigen Departement (EDA) sprachen darin von «erheblichem Reformdruck».

Nachrichten

Frauen diskriminiert beim Berufseinstieg

Bern. Frauen werden gemäss einer Studie bereits beim Berufseinstieg diskriminiert und erhalten weniger Lohn als junge Männer für die gleiche Arbeit. Das Forschungs- und Beratungsunternehmen Ecoplan in Bern hat herausgefunden, dass nach Berücksichtigung aller möglichen Faktoren ein Lohnunterschied von sieben Prozent oder 278 Franken pro Monat zwischen Frauen und Männern besteht. SDA

Krankenversicherungen: Mängel im Datenschutz

Bern. Trotz Verbesserungen nehmen einige Krankenversicherer den Datenschutz nach wie vor auf die leichte Schulter. Der Bundesrat kritisiert nach einer Umfrage einzelne Unternehmen, teilte gestern das Bundesamt für Gesundheit mit. Ein Dorn im Auge ist dem Bundesrat der Umgang mit heiklen Daten, wenn die Kassen einzelne Aufgaben an andere Unternehmen delegieren. SDA

Führung bei Pro Helvetia und MeteoSchweiz neu

Bern. In der Führung von Pro Helvetia und MeteoSchweiz kommt es Anfang Jahr zu Wechseln. Der ehemalige Genfer Staatsrat Charles Beer präsidiert ab 2014 den Stiftungsrat von Pro Helvetia. Er wurde gestern vom Bundesrat für vier Jahre gewählt. Beer folgt auf Mario Annoni. Das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie übernimmt ab Anfang Jahr Peter Binder. Der 56-Jährige arbeitet seit 30 Jahren für MeteoSchweiz. SDA

Wechsel in der Leitung von Economiesuisse

Zürich. Beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse kommt es erneut zu einem Wechsel in der Führungsspitze. Ursula Fraefel tritt in ihrer Funktion als Kampagnenleiterin, Kommunikationschefin und als Geschäftsleitungsmitglied nach vierjähriger Tätigkeit per Ende 2013 zurück. Als einer ihrer grössten Misserfolge wird die verlorene Abstimmung um die Abzocker-Initiative bezeichnet. SDA

Anklage wegen «Kristallnacht»-Tweet

Zürich. Die Staatsanwaltschaft Zürich hat Anklage erhoben wegen Rassen-diskriminierung, wie sie gestern mitteilte. Es geht um eine islamfeindliche Twitter-Mitteilung, die ein damaliges Stadtzürcher SVP-Mitglied im Juni 2012 abgesetzt hatte. Die Anklage beantragt eine bedingte Geldstrafe und eine Busse. «Vielleicht brauchen wir wieder eine Kristallnacht ... diesmal für Moscheen», twitterte der damalige Schulpfleger. SDA

ANZEIGE

«Wer bestimmt die Wahrheit?»

Christoph Blocher zum Rassismus-Urteil des Gerichtshofs für Menschenrechte

Von Benedict Neff, Zürich

BaZ: Herr Blocher, Sie hätten gelacht, als Sie das Urteil des Gerichtshofs für Menschenrechte vernommen haben, war im «Tages-Anzeiger» zu lesen. Wieso eigentlich?

Christoph Blocher: Weil die ganze Geschichte um dieses Urteil wirklich lustig ist. Im Jahr 2006, noch als Justizminister, bin ich nach Ankara zu einer Feier gereist. Es war eine Jubiläumsfeier, dafür, dass die Türkei 80 Jahre früher das Zivilgesetzbuch der Schweiz übernommen hat. Das Verhältnis der Schweiz zur Türkei war zu diesem Zeitpunkt schwer belastet. Der Hauptgrund war, dass der Präsident der türkischen Historiker, Yusuf Halacoglu, nach einem Vortrag in Winterthur eine Rassismus-Klage am Hals hatte. Er vertrat in seinem Vortrag die Meinung, dass die Gräueltaten der Osmanen an den Armeniern zwar ein Massaker, aber kein Völkermord gewesen sei. Der Bezirksanwalt von Winterthur hat daraufhin eine Strafuntersuchung gegen ihn eröffnet und in eingeklagt.

Ihre Pressekonferenz in Ankara 2006 hat dann für einige Aufregung gesorgt.

Ja. Die Situation war völlig paradox: In der Türkei wurden Leute verhaftet, weil sie sagten, die Gräueltaten an den Armeniern seien ein Völkermord, in der Schweiz wiederum wurden Leute verhaftet, die sagten, es sei kein Völkermord gewesen. Angesichts dieser absurden Rechtsituation habe ich mit dem türkischen Justizminister verhandelt. Ich sagte ihm, dass ich in der Schweiz eine Untersuchung angeordnet hätte, wie die Rassismus-Norm umgesetzt werden kann, ohne die Meinungsäusserungs-Freiheit einzuschränken. Ich schlug ihm vor, dies in der Türkei ebenfalls zu veranlassen. Wir beschlossen dann diese Bestrebungen gemeinsam an einer Pressekonferenz bekannt zu geben.

Der türkische Justizminister hat sein Versprechen aber nicht eingelöst.

Genau, er hat als erster gesprochen und verlor über die Freiheit der Meinungsäusserung kein Wort. Dann kam ich an die Reihe. Ich sagte, dass mich der Kontakt zur Türkei freue und all die Freundlichkeiten, die man bei solchen Gelegenheiten austauscht. Dann erklärte ich, der türkische Justizminister und ich seien übereingekommen, dass Historiker diese paradoxe Situation klären sollten. Wir seien beide im gleichen Spital krank. Der türkische Justizminister hat dann immerhin zustimmend

genickt. Am anderen Tag waren die Frontseiten der türkischen Zeitungen voll mit dieser Bekanntgabe. In der Schweiz ging es einen Tag länger und der Mais ging los. Nach diesem Treffen setzte aber eine grosse Entspannung im Verhältnis zur Türkei ein.

Hat die Türkei in der Folge denn auch tatsächlich etwas unternommen?

Ja, absolut. Die Türkei hat wenig später beschlossen, mit Armenien über die Sache zu reden. Das Meinungsäusserungsverbot wurde gelockert.

Sie wollten noch als Justizminister das Antirassismus-Gesetz anpassen und sind gescheitert. Es heisst, dass Ihnen Pascal Couchepin damals unerwartet die Unterstützung entzogen hatte.

Ja, ich unterbreitete meinen Vorschlag dem Bundesrat in meiner letzten Sitzung vor dem Austritt aus dem Bundesrat. Leider lehnte er ab. Ich will weder bestätigen noch dementieren, dass es an Couchepin lag. Das wäre eine Amtsgeheimnisverletzung.

Für Rummel in der Armenien-Frage sorgte in der Schweiz aber nicht nur der türkische Historiker Halacoglu, sondern auch der links-nationale Politiker Dogu Perincek, der den Genozid ebenfalls leugnete und dem der Gerichtshof in Strassburg nun Recht gibt.

Absurd an der Sache ist, dass dieser türkische Linksextremist in der Schweiz ja unbedingt verklagt werden wollte, weil er dadurch in der Türkei – es standen gerade Wahlen an – bessere Wahlchancen hatte. Die Schweiz verlieh ihm in Ausübung des Rassismus-Gesetzes sozusagen den Märtyrerstatus in der Türkei. Als die Wahlen vorbei waren, hat er dann das Urteil des Bundesgerichts doch angefochten. Und jetzt ist es so, dass sowohl dieser Linksextremist Straffrei-

«Wäre es strafbar, Unwahrheiten zu sagen, wären wohl sämtliche Politiker im Gefängnis.»

heit bekommt, und der Menschengerechtigkeitshof stützt meine Auffassung, dass das Rassismusgesetz gegen ein Menschenrecht – nämlich die Freiheit der Meinungsäusserung – verstösst.

Und Sie haben sich gefreut.

Für mich ist klar, dass der Rassismus-Artikel gegen die Freiheit der Meinungsäusserung verstösst. Eine reine Meinungsäusserung, ohne dass man eine Straftat begeht – also beispielsweise Ehrverletzung, üble Nachrede – darf in einer Demokratie nicht



«Beim Begriff Genozid geht es auch um viel Geld.» Christoph Blocher im Besprechungszimmer seines Büros in Männedorf. Foto Keystone

geahndet werden. Wer bestimmt denn die Wahrheit? Da war ja schon Pontius Pilatus weiter als das Schweizer Recht. Als ihm die Juden bei der Verurteilung von Jesus sagten, dieser sei gegen die Wahrheit, fragte der römische Heide zurück: Was ist Wahrheit? Gerade in der direkten Demokratie muss man diese sehr hochhalten.

Was denken Sie: Muss man im Falle der Armenier von Völkermord sprechen?

Ich sage nicht, es sei kein Genozid gewesen. Aber ich wusste auch nie, wieso das eine so wichtige Frage ist, weil es waren Gräueltaten, eine wilde Schlächtereie, das geben auch die Türken zu. Die Türkei fürchtet unglaubliche Reparationszahlungen, wenn ihre Taten als Völkermord anerkannt werden. Bei diesem Begriff geht es also auch um viel Geld.

Nun wollen Sie mit einer Motion die Änderung des Anti-Rassismus-Gesetzes verlangen. Was will die Motion genau?

Die reine Meinungsäusserung über historische Tatsachen soll nicht mehr dem Anti-Rassismus-Artikel unterstellt sein.

Seinerzeit haben Sie das Anti-Rassismus-Gesetz aber in der heutigen Form unterstützt.

Ja, leider, weil ich der Meinung war, dass die internationale Abmachung den Rassismus, den ich strikte ablehne, bekämpfen würde. Ich habe diese gefährliche Auslegung unterschätzt. Wenn jemand eine Meinung äussert, die nicht der offiziellen Meinung entspricht – wie im Falle des türkischen Historikers – finde ich nicht in Ordnung, dass er deswegen bestraft wird. Eine Meinung strafrechtlich zu verbieten, ist sehr problematisch.

Wäre es dann gemäss Ihrer Motion auch zulässig, den Holocaust zu leugnen?

Die Freiheit der Meinungsäusserung muss so weit gefasst sein, dass jemand selbst einen solchen Stumpfsinn behaupten darf. Auch eine geschichtlich falsche Auffassung sollte man nicht verbieten. Natürlich sind sie zu bestrafen, wenn die Aussagen ehrverletzend sind. Aber die Verkündung einer Meinung – auch wenn sie die Obrigkeit falsch findet – darf in einer Demokratie nicht strafbar sein. Wäre es strafbar, die Unwahrheit zu sagen, dann wären wohl sämtliche Politiker im Gefängnis, weil bei gegensätzlichen Meinungen ja immer mindestens einer falsch liegt.

CONFISERIE SPRÜNGLI
Tradition seit 1836

EISMANDARINEN: DIE SONNENSEITE VON WEIHNACHTEN

Confiserie Sprüngli Telefon 044 224 47 11
bestell-service@spruengli.ch www.spruengli.ch

Sprüngli